

Bildungszeitung

Thema: Opportunismus



Einleitung

Mit dieser Bildungszeitung wollen wir uns einem schwierigen Thema widmen: dem

Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Nicht nur in der großen Politik, sondern auch vor Ort, stoßen wir immer auf opportunistische Einstellungen von rechts und von links.

In der Umgangssprache bezeichnet das Wort Opportunismus ein Verhalten, dass keine Grundsätze kennt. Ein Opportunist ist, wer sich schnell und bedenkenlos an jede Lage anpasst.

Die marxistische Theorie geht aber darüber hinaus. Sie beschreibt die Klasseninteressen, die hinter dem Opportunismus stecken:

„Die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung sind in der kapitalistischen Gesellschaft ständig dem Druck der kapitalistischen Interessen ausgesetzt. Dieser Druck äußert sich politisch, ökonomisch; er äußert sich auch in dem Einfluss, den die kapitalistische Ideologie auf das Denken der Arbeiter nimmt. Der Einfluss der bürgerlichen Ideologie und Politik in der Arbeiterbewegung, die Strömungen innerhalb dieser Bewegung, die die Arbeiterklasse den Interessen des Kapitals unterordnet, wird Opportunismus genannt.“ (Grundwissen für junge Sozialisten)

In dieser Bildungszeitung soll es darum gehen zu klären, wie opportunistische Einstellungen entstehen und wie sie sich in der Arbeiterbewegung und damit auch in der SDAJ immer wieder verbreiten. Sie soll die Gefahren opportunistischer Politikansätze aber auch Möglichkeiten des Kampfes gegen den Opportunismus aufzeigen.

Wir stehen mit diesem Bildungsmonat also vor der Aufgabe auf der einen Seite die Entstehung und falsche Einschätzungen und Orientierungen des Opportunismus darzustellen, dabei aber immer wieder die Notwendigkeit der Aktionseinheit zu betonen. Uns ist klar, dass der

Opportunismus nicht bekämpft wird, indem wir alles besser wissen, sondern in dem wir in

den gemeinsamen Kämpfen beweisen, dass unsere Einschätzungen und Forderungen die richtigen Orientierungen geben und zum Erfolg führen.

Es geht dabei darum zu verstehen wie wir den Kampf um Reformen in diesem System führen, ohne dabei unser Ziel aus den Augen zu verlieren. Dieser Reformkampf hat einen doppelten Charakter. Eine Reform



kann sowohl zur Festigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung beitragen, als auch zur Verbesserung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse. Der beste Schutz gegen diesen Versuch, Reformen zum Zwecke der Stabilisierung zu missbrauchen, ist der wirkliche Massenkampf für solche Reformen, ist der beharrliche Versuch, den Kampf um solche Reformen stets zu verbinden mit der sozialistischen Perspektive, im Kampf um Reformen stets zu versuchen Klassenbewusstsein zu schaffen.

Gebrauchsanweisung

Diese Bildungszeitung hat im Gegensatz zu anderen Zeitungen einen entscheidenden Nachteil: es reicht nicht aus, sie einfach nur zu lesen. Die Bildungszeitung hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann gemeinsam Fragen formuliert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf die heutige Zeit bezieht und in den Gruppen diskutiert über die Aktualität des Themas, über den Einfluss des Opportunismus auf eure politische Arbeit.

Dazu sollte ihr die drei Abschnitte der Zeitung auf drei Gruppenabenden diskutieren. Die Diskussion wird sehr viel intensiver, wenn alle den Artikel im Vorfeld gelesen haben. Auf dem Gruppenabend sollte es dann noch eine kurze Zusammenfassung geben bei der man die zentralen Aussagen am besten aufschreibt.

Gemeinsam könnt ihr die Artikel dann an Hand der Arbeitsfragen diskutieren. Die Arbeitsfragen zielen nicht dabei nicht darauf ab, einfach mit ja oder nein beantwortet zu werden, sondern sollen euch eine Hilfe sein um den Text zu diskutieren.

Natürlich könnt ihr auch weiteres Material diskutieren oder euch Hilfe z.B. von der DKP organisieren.

Möglich ist auch, dass ihr euch ein Wochenende Zeit nehmt und die Bildungszeitung in einem Seminar diskutiert.

Für alle Fragen zur Durchführung der Bildungsabende, von Wochenendseminaren oder weiterem Material oder anderen Nachfragen, wendet euch an die Bildungs-Ag des Bundesvorstands. Diese hat auch eine Hilfestellung für die Bildungsverantwortlichen in euren Gruppen entwickelt, die ihr ebenfalls über den Bundesvorstand bekommen kann. sdaj_bildung@gmx.de

Der Begriff „rechter Opportunismus“ wird von MarxistInnen für verschiedene bürgerliche Strömungen in

der Arbeiterbewegung benutzt. Ihnen ist, bei allen Unterschieden, ihre politische Funktion gemeinsam: die Arbeiterbewegung zu spalten und damit zu schwächen sowie einen Teil der Arbeiterbewegung in das kapitalistische Herrschaftssystem zu integrieren. Lenin charakterisierte den (rechten) Opportunismus so: „...Die Grundlegende Idee des Opportunismus ist das Bündnis oder die Annäherung (zuweilen Vereinbarung, Blockbildung usw.) zwischen der Bourgeoisie und ihrem Antipoden [Gegenspieler]...“ (1) Bürgerliche Ansichten und Anschauungen hat es in der Arbeiterbewegung immer gegeben, sie steht ja im Kapitalismus „...ständig unter dem Druck ihr feindlicher, sehr mächtiger kapitalistischer Interessen, die durch alle möglichen Beeinflussungsmittel verbreitet werden. Dieser Druck äußert sich ökonomisch, politisch, er äußert sich aber auch im Einfluss von Verhaltensweisen und Denkgewohnheiten, also ideologisch“ (2). Für rechts-opportunistische Anschauungen gibt es also objektive Ursachen, die wir später genauer kennen lernen werden. In diesem Abschnitt der Bildungszeitung wollen wir uns mit den beiden Haupterscheinungsformen des rechten Opportunismus beschäftigen, mit denen Marx, Engels und Lenin sich auseinander gesetzt haben: dem Reformismus und dem Revisionismus.

Reformismus

Als eigenständige politische Strömung innerhalb der Arbeiterklasse entstand der Reformismus ab der Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts. Seine Ausbreitung wurde v.a. durch das von Bismarck durchgesetzte Sozialistengesetz (Verbot der SPD) begünstigt. Als Reaktion auf die Illegalität vertraten führende Sozialdemokraten die Auffassung, die Partei solle dem Klassenkampf und der Revolution abschwören und so das Vertrauen bürgerlicher Kräfte gewinnen um mit ihnen gemeinsam für Reformen zu kämpfen.

Wie oben beschrieben, gab es in der Arbeiterbewegung schon immer bürgerliche Strömungen und Auffassungen. Marx und Engels haben sich im II. Teil des Kommunistischen Manifests ausführlich mit

Der rechte Opportunismus

ihnen auseinander gesetzt. Dabei handelte es sich aber um vor-marxistische, vor-proletarische Strömungen. „...Es traten auch zu dieser Zeit...in der frühen Arbeiterbewegung reformistische Auffassungen zutage. Diese...waren damals Ausdruck dessen, dass die Arbeiterbewegung sich noch aus ihrer bürgerlichen und kleinbürgerlichen Abhängigkeit befreien musste...“ (3) Reformistische Auffassungen gehen davon aus, dass die Arbeiterklasse über den Weg von Reformen vom Kapitalismus zum Sozialismus gelangen kann und lehnen die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als einzig möglichem Weg zum Aufbau des Sozialismus ab. Die wichtigsten Kampffelder sind folglich die Parlamente und die gewerkschaftlichen Verhandlungen. Reformisten verschweigen

»Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel... Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen... Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.«
SPD Reichstagsfraktion August 1914

die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit und verwischen damit den Klassenkampf. Sie verbreiten in der Arbeiterklasse die Illusion, dass sich die Lage der Arbeiterklasse durch Reformen grundlegend verbessern könnte. Dies geschieht vor allem über die Verklärung der bürgerlichen Demokratie. Im Kapitalismus ist die bürgerliche Demokratie eine der Bedingungen dafür, dass die Arbeitenden ihren unmittelbaren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kampf vereint in Gewerkschaften und anderen Organisationen führen kann. Gerade darum muss jedes bürgerlich-demokratische Recht gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, es einzuschränken oder ganz abzubauen, verteidigt werden. Aber darauf kann man sich nicht beschränken.

Die Erweiterung demokratischer Rechte ist für die Arbeiterklasse bereits im Kapitalismus nur möglich, wenn zu gleicher Zeit Rechte der Kapitalisten eingeschränkt werden. Bestes Beispiel ist der Kampf um

die Mitbestimmungsrechte im Betrieb. Um so mehr gilt dies für den Übergang zum Sozialismus: Der ist

nur möglich, wenn den Kapitalisten das Recht auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse genommen wird. Die sozialistische Demokratie ist damit nicht einfach nur mehr bürgerliche Demokratie, sie ist eine neue Form der Demokratie, denn erstmals entscheidet nicht mehr eine kleine Minderheit über die große Mehrheit, sondern umgekehrt.

Revisionismus

Der Revisionismus entstand später als der Reformismus, zu einem Zeitpunkt, wo sich des Marxismus in der Arbeiterbewegung bereits durchgesetzt hatte. Das prägt seine Besonderheiten: er „gibt sich generell als Vertreter des Marxismus aus, aber sagt, die Wirklichkeit, das Leben, die Entwicklung hätten Grundthesen des Marxismus überholt, und deshalb müssten sie revidiert werden.“ (4) Die Gegner des Sozialismus sind gezwungen im ideologischen Klassenkampf nicht mehr nur gegen den Marxismus insgesamt zu kämpfen, sondern sie versuchen innerhalb der marxistischen Organisationen zu wirken.

Als Begründer des Revisionismus gilt der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein, der alle grundlegenden Prinzipien

und Thesen des Marxismus unter dem Vorwand seiner Ergänzung und Weiterentwicklung revidierte. Er beraubte dem Marxismus seinen revolutionären Charakter und ersetzte diesen durch bürgerliche Ideen.

In der Philosophie ersetzte er den dialektischen Materialismus durch den Neukantianismus und den Empiriekritizismus. Beide sind subjektiv idealistische Weltanschauungen, d.h. sie verneinen, dass es vor allem in der gesellschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung Zusammenhänge gibt, die erforscht, verstanden und dann verändert werden können. Dies läuft darauf hinaus, dass gesellschaftliche Verhältnisse ertragen werden müssen oder von einem höheren Wesen, bei den Religionen Gott genannt, bestimmt werden. Die marxistische Philosophie steht dagegen auf dem Standpunkt, dass der Mensch die Welt grundsätzlich erkennen und damit verändern kann. Hier wird der Zweck des Revisionismus sehr deutlich.

Der Revisionismus als politische Strömung in der Arbeiterbewegung trat zu dem Zeitpunkt in Erscheinung, als der Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium überging. Daher boten die ökonomischen Veränderungen (Entstehung der Monopole) dem Revisionismus eine weitere Gelegenheit, marxistische Grundthesen über Bord zu werfen. Laut Bernstein schwäche die Entstehung der Monopole den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ab und führe zu einer Milderung der Klassengegensätze. Lenin folgerte aus der Untersuchung des Imperialismus, dass es zwar ein gemeinsames Interesse des Imperialismus gibt, die unterdrückten Länder auszubeuten, damit aber die Konkurrenz nicht verschwindet. Im Gegenteil erreicht die kapitalistische Konkurrenz eine neue Qualität, die die imperialistischen Länder zu Todfeinden macht und die Kriegsgefahr steigert. Vor allem wenn man sich die aus diesen Analysen getroffenen politischen Schlussfolgerungen ansieht erkennt man den Auftrag des Revisionismus.

Bernstein setzt an die Stelle des revolutionären Bruchs mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen die evolutionäre Durchdringung des Kapitalismus durch den Sozialismus, das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus. Der Klassenkampf wird in dieser Konzeption nebensächlich, wenn nicht sogar überflüssig. Eine Arbeit im Parlament und Reformen, die den Kapitalismus Stück für Stück verbessern erlangen Priorität. Die Diktatur des Proletariats wird überflüssig, da ein Bruch mit dem Kapitalismus nicht mehr nötig ist, sondern mit Kompromissen das gleiche erlangt werden kann. Folglich muss sich auch die Einschätzung des Staates ändern. Während der Marxismus den Staat als Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse betrachtet, muss der Revisionismus seine Klassenneutralität behaupten, er stehe über den Klassen.

Karl Kautsky, führender Theoretiker der SPD vor dem 1. Weltkrieg, wandte sich zwar gegen die Ansichten Bernsteins, doch nahm ebenfalls revisionistische Positionen ein. Lenin kritisierte diese Ansichten:

„Kautsky: '... ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.' (...)

Was immer auch die wohlgemeinten Absichten (...) des süßlichen Kautsky sein

mögen, der objektive, d.h. wirkliche soziale Sinn seiner 'Theorie' ist einzig und allein der: eine höchst reaktionäre Vertröstung der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus, indem man die Aufmerksamkeit von den akuten Widersprüchen und akuten Problemen der Gegenwart ablenkt auf die verlogenen Perspektiven irgendeines angeblich neuen künftigen "Ultraimperialismus". Betrug an den Massen und sonst absolut nichts ist der Inhalt von Kautskys 'marxistischer' Theorie.“

Der Revisionismus setzte sich in der SPD durch. Gleichzeitig gewann auch in fast allen anderen europäischen Sozialdemokratischen Parteien vor dem 1. Weltkrieg der Opportunismus die Oberhand. Dies hatte zur Folge, dass sich die Parteiführungen von den Beschlüssen der 2. Internationale abwandten und ins Lager ihrer Kapitalisten wechselten. Anstatt gegen den Krieg die Massen zu mobilisieren und Streiks zu organisieren, stimmten sie in den



Parlamenten für den Krieg und lähmten die Arbeitermassen und die Gewerkschaften. Teilweise sorgten sie mit Aufrufen dafür, dass das Proletariat gegeneinander gehetzt wurde. Als sich die Soldaten und Arbeiter in Deutschland erhoben haben und den Krieg beendeten, sorgte die SPD dafür, dass die Revolution nicht genutzt werden konnte um den Kapitalismus zu stürzen. Im Gegenteil: Die SPD Minister übernahmen die blutige Aufgabe und ließen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und viele Arbeiter von den Schergen des Kapitalismus ermorden. Dem Imperialismus war die Spaltung der Arbeiterklasse gelungen, da es für die revolutionären Kräfte notwendig wurde ihre eigenen, die kommunistischen Parteien, zu gründen.

Die Revision des Marxismus ist also nicht nur eine theoretische, sondern zutiefst politische Frage. Mit der Trennung der Arbeiterbewegung in einen revolutionären und einen reformistischen Flügel endet

allerdings der Kampf gegen den Revisionismus nicht. Er bleibt notwendig, da der Marxismus natürlich aktuelle Entwicklungen analysieren, bewerten und nötigenfalls in sich aufnehmen muss, aber gleichzeitig immer darauf geachtet werden muss, dass er sich nicht seiner Grundlagen beraubt. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelten z.B. die KPen in Frankreich und Italien die Theorie des so genannten Eurokommunismus. Auf Grund einer relativ erfolgreichen Parlamentsarbeit wurde als einziger Weg zum Sozialismus der Verzicht auf die Diktatur des Proletariats und der Weg zum Sozialismus innerhalb der pluralistischen parlamentarischen Systeme Westeuropas propagiert.

Revisionismus und Opportunismus haben konkrete Folgen für die Kampfkraft der Arbeiterklasse. Deshalb bleibt der Kampf dagegen notwendig.

Objektive Ursachen des rechten Opportunismus

Wie alle politischen Ideen, Strömungen und Ideologien fällt auch der rechte Opportunismus nicht vom Himmel, sondern ist vielmehr das Ergebnis objektiv wirkender ökonomischer, sozialer und politischer Ursachen.

Eine wichtige Quelle des rechten Opportunismus liegt in den Konkurrenzgesetzen des Kapitalismus. Durch sie werden immer wieder kleine und mittlere Eigentümer ruiniert und steigen in die Arbeiterklasse ab. Auch wenn sie dann Teil der Arbeiterklasse geworden sind, bleiben sie doch oft mit ihren kleinbürgerlichen Ansichten behaftet und tragen damit bürgerliches Gedankengut in die Arbeiterklasse hinein. Gleiches gilt für bürgerliche und kleinbürgerliche Intellektuelle, die sich der Arbeiterbewegung anschließen, ohne dass sie dabei restlos mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen hätten.

Die wichtigste Quelle rechts opportunistischer Auffassungen ist die Arbeiteraristokratie. Sie begann sich schon im vor monopolistischen Stadium des Kapitalismus herauszubilden. Die Entwicklung der Produktivkräfte machte es erforderlich, dass ein Teil der Arbeiterklasse höher qualifiziert wurde. Dieser Teil unterschied sich von der Masse der Arbeiter durch eine höhere Bildung, bessere Entlohnung und eine bessere soziale Stellung. Mit dem Übergang des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium (Imperialismus) war es der herrschenden Klasse dann möglich diesen Teil der Arbeiterklasse durch einen Teil der Monopolprofite zusätzlich zu „bestechen“. Lenin schrieb dazu: „...Der Imperialismus,...der monopolistisch

hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschicht des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus.“ (5)

Hinzu kommen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse. Heute beschränkt sie sich nicht mehr auf die in der Produktion tätigen, große Teile der Angestellten und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz gehören heute objektiv dazu. Die Industriearbeiterschaft, der Kern der Arbeiterklasse, bei dem das Klassenbewusstsein traditionell am weitesten entwickelt ist, macht nur noch einen kleiner werdenden Teil der gesamten Arbeiterklasse aus.

Die Arbeiteraristokratie war und ist besonders empfänglich für rechtsopportunistische Auffassungen, da sie kein Interesse daran hat, ein System zu erschüttern, dem sie bestimmte Privilegien verdankt.

Aus der Arbeiteraristokratie entwickelte sich dann die Arbeiterbürokratie. Dabei handelt es sich um (hauptamtliche) Funktionäre von Parteien und Gewerkschaften, Parlamentarier und Betriebsräte. Große Teile dieser Schicht waren und sind auf den Erhalt ihrer Posten und Privilegien aus und entfremden sich dadurch von den Zielen der Arbeiterbewegung.

Alle diese Faktoren führen natürlich nicht automatisch und zwangsläufig dazu, dass ein ruiniertes Kleinbürger, linker Intellektueller oder freigestellter Betriebsrat ein Vertreter des rechten Opportunismus wird. Die selben Faktoren in der Entwicklung des Kapitalismus, die den Opportunismus fördern, schaffen z.T. auch Gegenkräfte. Die Ruinierung klein-bürgerlicher Schichten trägt nicht nur bürgerliches Bewusstsein in die Arbeiterbewegung, sondern verbreitet zugleich auch deren Reihen und schmälert

die Klassenbasis des Monopolkapitals. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die wissenschaftlich-technische Revolution verändern zwar einerseits die Struktur der Arbeiterklasse, andererseits schaffen sie auch neue Widersprüche und Probleme (Bildungswesen, Umweltzerstörung etc.), die es ermöglichen, neue Schichten und Kräfte in den antikapitalistischen Kampf mit einzubeziehen. Auch ist die Ausbreitung rechts opportunistischer Auffassungen nicht unvermeidlich. Die entscheidende Gegenkraft ist und bleibt das politische Wirken von MarxistInnen in der Arbeiterklasse.

(1) W.I. Lenin: Gesammelte Werke, Band 21, Seite 143

(2) W. Gerns, R. Steigerwald, G. Weiß: Opportunismus heute, Verlag Marxistische Blätter, 1974, Seite 9

(3) ebenda, Seite 13

(4) Josef Schleifstein: Engels' Kampf gegen Opportunismus und Sektierertum, Verlag Marxistische Blätter, 1971, S.220

(5) W.I. Lenin: Gesammelte Werke, Band 22, Seite 286

Arbeitsfragen:

1. Der Reformismus geht davon aus, dass die Arbeiterklasse über den Weg von Reformen zum Sozialismus gelangen kann. Warum ist das aus marxistischer Sicht unmöglich ?
2. Diskutiert das folgende Zitat aus der theoretischen Zeitschrift der Linkspartei. Wie äußert sich der Revisionismus in diesem Zitat und wie kann man dagegen argumentieren?

„Aus der Marx'schen Geschichtsphilosophie entspringt die Zuversicht, dass sich alle Klassenkonflikte geradezu gesetzmäßig auf eine letzte epochale Kollision zuspitzen. Diese Zuversicht erwies sich in der Vergangenheit als trügerisch. Nicht die eine eruptive Kollision bestimmte die Geschichte, sondern lange Phasen der alltäglichen Herausforderungen und eine Vielzahl von Konflikten. Eine revolutionäre Handlung allein bewirkt keine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft. Dazu bedarf es einer Strategie, die am Bestehenden anknüpft und Entwicklungen einleitet, die das Potenzial haben, andere Entwicklungspfade einzuleiten. Kurzum: Es bedarf einer transformatorischen Strategie und eines langen Atems. Sicherlich verläuft die grundlegende Transformation der Gesellschaft und Wirtschaftsordnung nicht immer gleichmäßig. Es gab und gibt Phasen mit besonderer Veränderungsdichte, die sich auch zu Brüchen verdichten können. Aber diese Brüche wirken nur nachhaltig, wenn sie in eine transformatorische Strategie eingebettet sind. Wenn die neue Linke also wirklich revolutionäre Veränderung in Gang setzen will, dann muss sie sich von der klassischen Revolutionsromantik verabschieden.“

KATJA KIPPING, Ist Marx ein Muss für die neue Linke? in UTOPIE kreativ, H. 196 (Februar 2007), S. 126-131

3. Revisionisten bezeichnen sich selbst als Vertreter des Marxismus, meinen aber, dass neue Entwicklungen eine Revision marxistischer Grundpositionen notwendig machen. Spielt diese Strömung nach der historischen Niederlage der marxistischen Arbeiterbewegung 1989-1991 überhaupt noch eine Rolle ? Wenn ja, was könnten die Ursachen dafür sein ?

Linksradikalismus

Wenn man unter „links“ eine Überzeugung versteht, welche die politische und soziale Gleichberechtigung aller Menschen verwirklicht sehen will, dann sind alle Sozialistinnen und Sozialisten, die diesen Namen verdienen, „links“. Auch „Radikalität“ im Sinne von „den Problemen an die Wurzel gehen“ ist eher eine Tugend als ein Fehler. Was also soll an Linksradikalismus verkehrt sein?

Soweit erst mal gar nichts. Wenn bei Lenin und anderen marxistischen Theoretikern von „linkem Radikalismus“ die Rede ist, dann ist aber noch etwas anderes gemeint als dieser ganz allgemeine Wortsinn. Drei Bedeutungsvarianten sollten wir unterscheiden:

Zum Ersten eine Theorie und Praxis innerhalb der Arbeiterbewegung, die zwar richtige politische Ziele verfolgt, jedoch über keine realistische Einschätzung der gege-

benen gesellschaftlichen Situation verfügt und deshalb in der Wahl ihrer Mittel unklug, übereifrig

und zumeist erfolglos ist.

Zum Zweiten eine politische Strömung, die ihre Klassenbasis im von sozialer Deklassierung bedrohten Kleinbürgertum hat und deren antikapitalistische Bestrebungen deswegen mit anderen Zielen und Methoden verbunden sind als die der marxistischen Arbeiterbewegung.

Zum Dritten bestimmte Formen reaktionärer Ideologie, die ihre Wirkung unter dem Deckmantel scheinbar ultralinken Theorien entfalten.

Diese drei Varianten von „Linksradikalismus“ sind in der politischen Praxis nicht immer leicht voneinander zu unterscheiden. Die Übergänge von menschlich verständlichem revolutionärem Übereifer zur kopflosen Praxis radikalisiertem Kleinbürger und von dort zur konterrevolutionären Provokationsstrategie sind fließend. Um so wichtiger ist es, sich

darum zu bemühen, sie auseinander zu halten.

Der Linke Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus

Jede Marxistin, jeder Marxist wünscht sich die Beseitigung des Kapitalismus lieber heute als morgen. Es ist frustrierend, dass die Fortschritte so gering sind. Es ist verständlich, dass das im Kampf Erreichte als viel zu wenig betrachtet wird. Das geht uns nicht erst heute so, dass war selbst im Jahr 1920, als Lenin sein Buch „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (LW 31) schrieb, nicht anders.

„Viel schwerer – und viel wertvoller – ist, dass man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen Kampf noch nicht vorhanden sind, dass man es versteht, die Interessen

der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklich entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf heranzuführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen – das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.“ (LW31/84)

Das Festhalten an „revolutionären Prinzipien“, die zwar in der einen Situation richtig sein mögen, in der anderen aber der Bewegung schaden, steht dieser Heranführung der Massen an eine revolutionäre Politik entgegen. Statt jeweils die konkrete Situation zu analysieren, die eigene Politik stets neu in Frage zu stellen und immer das maximal Mögliche aus einer gegebenen Lage herauszuholen, klammert man sich starr an einmal aufgestellte Grundsätze und verspielt so die Chance auf tatsächlich erreichbare Fortschritte. Lenin verdeutlichte dies an mehreren zeitgenössischen Beispielen, die auch für uns heute noch von Bedeutung sind:

- Um sich von der opportunistischen Politik der rechtssozialdemokratischen Parteien abzugrenzen, hatten deutsche Revolutionäre die Parole „Keine Kompromisse“ ausgegeben. Lenin wies diese Losung zurück: „Es gibt Kompromisse und Kompromisse. Man muss verstehen, die Umstände und die konkreten Bedingungen jedes Kompromisses oder jeder Spielart eines Kompromisses zu analysieren.“ (LW 31/22) Jeder Tarifabschluss, jedes Arbeitsschutzgesetz, jedes erkämpfte Stückchen Demokratie ist Ergebnis eines Kompromisses. Das alles mag uns viel zu wenig sein, aber darauf zu verzichten, hieße die Arbeiterklasse zu schwächen.

- Linke Kommunisten hatten argumentiert, wirkliche Revolutionäre müssten prinzipiell auf die Kandidatur zu bürgerlichen Wahlen verzichten, da die bestehenden Parlamente

reaktionäre Institutionen seien. Lenin hielt diese Haltung für Unfug. Zwar habe es Situationen gegeben, in denen ein Wahlboykott eine richtige Maßnahme gewesen sei, in anderen seien Wahlen jedoch ein Mittel, Arbeiterinnen und Arbeiter aufzuklären und für kommunistische Politik zu gewinnen.

- Linksradikale Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung forderten die Kommunisten zum Austritt aus den Gewerkschaften auf, da diese verbürgerlicht seien und von Opportunisten geführt würden. Lenin lehnte das strikt ab. „Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten heißt die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluss der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der verbürgerten Arbeiter überlassen“ (LW 31/37f)

Alles in allem beurteilte Lenin diejenigen Formen des linken Radikalismus, die aus der Unreife der sozialistischen Bewegung, aus politischer Unerfahrenheit oder aus dem Wunsch, sich möglichst deutlich von der reformistischen Richtung der Arbeiterbewegung abzusetzen entstanden waren, allerdings relativ milde. Aber selbst ein kleiner Fehler ist ein Fehler und kann sich, wenn er nicht rechtzeitig behoben wird, zu einem tödlichen Fehler auswachsen.

Die soziale Basis des linken Radikalismus

Im vorigen Abschnitt ging es in erster Linie um politische Fehler, die aus Ungeduld, mangelhaften Analysen oder einfach aus Unerfahrenheit resultieren. Es wäre jedoch zu simpel, die Verbreitung linksradikaler Positionen, die sich in bestimmten historischen Phasen massenhaft ausbreiten, in anderen wieder weitgehend verschwinden, allein mit subjektiven Faktoren zu erklären. Der Linksradikalismus hat auch eine soziale Basis, und es gibt gesellschaftliche Entwicklungen, die sein Vordringen begünstigen.

Jede erfolgreiche Ideologie muss an den Erfahrungen, an der realen Lebenssituation

der Menschen anknüpfen, an die sie sich wendet. Da die Lebenssituationen der Menschen in Klassengesellschaften je nach sozialer Stellung höchst unterschiedlich sind, finden verschiedene Ideologien auch in verschiedenen Klassen und Schichten mehr oder minder leicht Verbreitung.

Leicht nachvollziehbar ist dies, wenn man sich Kapitalisten und Arbeiterklasse ansieht, schwieriger wird es bei den kleinbürgerlichen Mittelschichten. Selbstständige, höhere Angestellte usw. stehen zwischen den Hauptklassen. Auf der einen Seite befinden sie sich in einem Gegensatz zum Proletariat, von dem sie sich abheben wollen. Auf der anderen Seite stehen sie im Gegensatz zu Großunternehmen und Banken, deren übermächtige Konkurrenz ihre Existenz bedroht. In guten Zeiten hoffen sie auf den sozialen Aufstieg ins Großbürgertum. In Krisenzeiten ist ihre soziale Stellung gefährdet, droht ihnen ein Abrutschen in die Arbeiterklasse, sogar ins Lumpenproletariat. In dieser Situation begeistern sie sich mitunter für revolutionäre Ideen. Lenin betont, dass der „Kleineigentümer, der Kleinbesitzer (ein sozialer Typus, der in vielen europäischen Ländern sehr weit, ja massenhaft verbreitet ist), weil er unter dem Kapitalismus ständiger Unterdrückung und oft einer unglaublich krassen und raschen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin ausgesetzt ist, leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit und Standhaftigkeit an den Tag zu legen.“ (LW 31/16)

In den kleinbürgerlich-linksradikalen Ideologien, etwa dem Anarchismus oder dem Maoismus, spiegelt sich die ambivalente gesellschaftliche Stellung des Kleinbürgertums und der Mittelschichten wieder. Auf der einen Seite ihre Ablehnung, zuweilen offene Feindschaft gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften, den Kommunisten. Auf der anderen Seite ein ohnmächtiger, dafür umso lautstärkerer Revolutionarismus, „drohend, aufgeblasen und großtuerisch in Worten, ein zersplittertes, atomisiertes, kopfloses Nichts in der Tat.“ (LW 33/1)



Linker Radikalismus als Deckmantel für reaktionäre Ideologien

„Schaut ihnen nicht auf die Mäuler, schaut ihnen auf die Finger!“ (August Bebel)

Antideutsche sehen das Dasein von Juden in aller Welt und insbesondere im Staat Israel von verschiedenen Seiten bedroht - sowohl durch das Fortbestehen einer Ideologie der Volksgemeinschaft in den westlichen Ländern und insbesondere in Deutschland („Postfaschismus“), als auch durch die Ignoranz der europäischen Regierungen gegenüber dem erstarkenden Antisemitismus.

Obwohl sich Antideutsche selbst als Gegner des Kapitalismus und meist als Kommunisten verstehen, kritisieren sie einige Formen des Antikapitalismus als Ausdruck eines angeblichen versteckten strukturellen Antisemitismus, der dort zu Tage kommt, wo der Kapitalismus personifiziert, sprich an Konzernen wie Coca-Cola, Staaten wie den USA oder Personen wie Bush festgemacht ist. Jede Theorie, jede politische Praxis, die die warenförmige Vergesellschaftung, also Waren, Geld, Klassen, Staaten und Herrschaft nicht unmittelbar und völlig negiere, sei Ausdruck verkürzter Kapitalismuskritik und damit strukturell antisemitisch. Die antideutsche Kapitalismuskritik bezieht sich auf die These, dass der Kapitalismus ein gesellschaftliches Gesamtsystem ist, das Einfluss auf alle Lebensbereiche hat und stetig von der Gesellschaft reproduziert wird. Die Antideutschen rücken weniger Klassenkampf und Arbeiterbewegung in den Vordergrund ihrer Programmatik, sondern wollen das internationale System und dessen Entwicklungsdynamik aus einem kritischen geschichtsphilosophischen Blickwinkel insbesondere der Kritischen Theorie betrachten. Demzufolge ist die europäische Aufklärung ein in weiten Teilen unvollendetes Projekt. Die Antideutschen gehen davon aus, dass ein Übergang zum Kommunismus nur mit und nicht gegen die real existierenden Kräfte der Aufklärung erfolgen kann. Als

Kräfte der Aufklärung werden dabei alle kapitalistischen Industrienationen mit Ausnahme gerade Deutschlands gesehen. Jeder „verkürzende“ Kapitalismuskritiker ist ihr Feind. Natürlich hat keiner dieser Möchtegernradikalmarxisten auch nur den Anflug einer Idee, wie man denn unmittelbar zu der von ihnen angestrebten geld- und warenfreien Idealgesellschaft hinkommen soll. Wenn es aber keinen Weg gibt, das Bestehende zu überwinden, dann muss man sich darin möglichst komfortabel einrichten – das kleinere Übel wählen. Das kleinere Übel sind für die Antideutschen die kapitalistischen Gesellschaften des „freien Westens“, die es gegen ihre inneren und äußeren Feinde zu verteidigen gelte. Also: Weil wir so konsequente Kommunisten sind, müssen wir alle Feinde der westlichen Ordnung bekämpfen. Mit scheinbar ultralinken Argumenten wird



eine zutiefst reaktionäre Politik begründet. Beliebte ist in diesem Zusammenhang die Technik, vermeintliche oder tatsächliche Fehler linker Bewegungen zu benennen, dann aber nicht die Fehler zu bekämpfen, sondern die Bewegung selbst. Ebenfalls beliebt ist es, eine linke Organisation, eine progressive Bewegung, eine sozialistische Gesellschaft nicht an der Verwirklichung

oder Nichtverwirklichung ihrer realen Möglichkeiten zu messen, sondern an einem Ideal. Da jeder wirkliche Zustand nur Notwendigkeit hinter einem nur gedachten Idealzustand zurückbleiben muss, ist es einfach, die wirkliche Organisation, Bewegung, Gesellschaft als unzureichend zu verwerfen und entsprechend ‚radikal‘ anzugreifen. Es sieht dann so aus, als ob konsequent revolutionäre Kritik geübt würde, in Wirklichkeit handelt es sich um nichts weiter als um die (indirekte) Verteidigung der herrschenden bürgerlichen Ordnung.

Fazit

Die Auseinandersetzung mit opportunistischer Politik wird uns unser gesamtes politisches Leben begleiten. Das gilt auch innerhalb unserer eigenen Organisationen, für unsere eigene Suche nach dem richtigen Weg.

Politische Fehler werden gemacht. Sie schaden uns nicht, wenn wir sie rechtzeitig erkennen. „Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und damit auch der Masse.“ (LW 31/42)

Wenn wir uns selbst das Recht zubilligen, dazuzulernen, sollten wir das aber auch gegenüber anderen tun. So schnell sollten wir keine Anarchisten, keinen Trotzlisten oder Maoisten aufgeben. Die meisten von ihnen wollen wie wir eine andere, bessere, sozialere Gesellschaft. Bündnisse mit Andersdenkenden sind für eine erfolgreiche politische Arbeit unumgänglich, Streitfragen klärt man am besten im gemeinsamen Kampf, aufgrund gemeinsam gemachter Erfahrungen. Wo aber pseudolinke Phrasen benutzt werden, um die sozialistische Bewegung anzugreifen, da ist Schluss mit lustig. Links ist nicht, wer radikale Sprüche klopft, links ist, wer für Frieden, Demokratie und soziale Rechte kämpft. Die Gegner dieses Kampfes sind unsere Gegner, egal welches politische Mäntelchen sie sich gerade umhängen.

Arbeitsfragen:

1. Diskutiert Schlussfolgerungen aus dem Zitat Lenins für die Arbeit eurer SDAJ-Gruppe.
„ (...) es kommt gerade darauf an, dass wir das, was für uns erledigt ist, nicht als erledigt für die Klasse, nicht als erledigt für die Massen betrachten.“ „Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten, weil sich dort noch Arbeiter befinden, die von den Pfaffen und durch das Leben in ländlichen Provinznestern verdummt sind. Sonst lauft ihr Gefahr, einfach zu Schwätzern zu werden.“ (LW 31/43f)
2. Diskutiert Erfahrungen mit „linksradikalen“ Auffassungen an Hand einer der Exkurse

Exkurs Maoismus

Wenn im Folgenden über den Maoismus geredet wird, dann soll es weniger um die theoretischen Auffassungen Mao Tse Tung gehen, sondern um die politische Strömung, die in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik eine spezifische Ideologie und politische Praxis entwickelte.

Diese Strömung ist natürlich nicht ohne den zeithistorischen Kontext ihrer Entstehung zu verstehen. Ende der sechziger Jahre ging die Hoffnung auf ein ewiges ‚Wirtschaftswunder‘ in die Brüche. Mit der Wirtschaftskrise von 1967 kehrten die Themen Armut und Arbeitslosigkeit für jedermann sichtbar auf die Tagesordnung zurück. Zugleich erhielt der Mythos von der moralischen Überlegenheit der westlichen Demokratien einen schweren Knacks: Die Us-amerikanischen Massenmorde in Vietnam (2,5 Millionen Tote), ließen den Glanz von Freiheit und Democracy ebenso schnell verblassen wie im eigenen Land die fortgesetzte Kommunistenverfolgung oder die Einführung von Notstandsgesetzen. Die Jugend rebellierte gegen den konservativ-autoritären Muff der postfaschistischen Bundesrepublik.

Um die spezifische Rolle des Maoismus zu begreifen, müssen wir allerdings noch eine weitere zeitgenössische Entwicklung betrachten: In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts war es zwischen China und der Sowjetunion zum politischen

Bruch gekommen, beide Länder standen sich zunehmend feindlich gegenüber. Im Zuge dieses Konflikts beendete China das Bündnis mit der Sowjetunion, suchte in den siebziger Jahren den Schulterschluss mit den USA und dem europäischen Imperialismus.

Der politischen Konfrontation entsprachen ideologische Kontroversen. Je mehr die chinesische Außenpolitik gegen UdSSR ausgerichtet wurde, desto härter wurden die Angriffe der chinesischen Ideologen gegen die kommunistische Weltbewegung. Mao verkündete: „Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie. Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers.“ (nach: Die Polemik über die Generallinie, Berlin 1973, S. 660)

Derartige „Analysen“ wurden von einem Teil der Studierendenbewegung nach 1968 aufgegriffen. Der maoistische Antisowjetismus erlaubte es, den traditionellen Antikommunismus der postfaschistischen Bundesrepublik mit einer linksradikalen, ultrarevolutionären Attitüde zu verbinden. Zumindest in Kreisen von jungen Akademikern, meist aus bürgerlichem Elternhaus, war dies ein Erfolgsrezept. So genannte K-Gruppen schossen wie Pilze aus dem Boden, zu den bedeutendsten zählten die KPD-AO, die KPD-ML, der Kommunistische Bund, der Kommunistische Bund Westdeutschlands und der Kommunistische Arbeiterbund, letzterer ist die Vorgängerorganisation der MLPD. Die Linke, insbesondere DKP, SDAJ und MSB Spartakus, wurde als „revisionistisch“ denunziert und faktisch, teilweise auch explizit, zum Hauptfeind erklärt. So findet sich im 1974 verabschiedeten und bis heute



gültigen Programm des maoistischen Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD genau ein Satz, der CDU und CSU kritisiert, dafür aber werden seitenlange Hasstiraden gegen Kommunisten geliefert: „Die DKP als neue sozialdemokratische Partei, ist die „linke“ Speerspitze des Sozialdemokratismus innerhalb der Arbeiterklasse. Sie dient dem modernen Revisionismus in unserem Land als trübes Sammelbecken und steckt unter einer Decke mit den sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten. (...) [Der Arbeiterbund] bekämpft die DKP als konterrevolutionär wirkende Organisation (...)“ Ein aktuelleres Beispiel bilden die „Organisationspolitischen Grundsätze“ des Rebells, der Jugendorganisation der MLPD. Dort liest man auf der ersten Seite einen einzigen dünnen Satz gegen das Monopolkapital und für die Errichtung einer kommunistischen Ge-

sellschaft, danach wird umso ausgiebiger gegen den wahren Feind zu Felde gezogen: „Die Hauptträger des modernen Revisionismus in der BRD sind heute die Partei des Demokratischen Sozialismus und die Deutsche Kommunistische Partei. Um einen neuen Aufschwung im Kampf um den Sozialismus vorzubereiten, ist es notwendig, sich entschieden von diesen revisionistischen und entarteten ‚Kommunisten‘ abzugrenzen.“

Ein zentrales Moment maoistischer Ideologie bildete die auf Mao zurückgehende „Drei Welten Theorie“. Demnach sei die treibende Kraft des revolutionären Prozesses die Dritte Welt, zu der das maoistische China gehöre. Der Hauptfeind sei die erste Welt, bestehend aus den Supermächten USA und UdSSR. Die Sowjetunion sei der gefährlichere Teil der ersten Welt, weil sie eine aufstrebende, die USA eine niedergehende Supermacht sei.

Zur zweiten Welt schließlich zählen Staaten wie Frankreich, die Bundesrepublik, die DDR oder Polen. Diese würden von den Supermächten unterdrückt und müssten das Bündnis mit der dritten Welt suchen. Auf Grundlage dieser Theorie gingen deutsche Maoisten zu anti-kommunistisch-nationalrevolutionären Positionen über. Deutschland sei ein unterdrücktes Land, die deutschen Arbeiter

müssten einen nationalen Befreiungskampf führen: „Nur die Arbeiterklasse kann die Willenskraft, Opferbereitschaft, Ausdauer und diesen Mut hervorbringen, die die breiten Volksmassen wie auch insbesondere jeden ehrlichen und wahren Patrioten beflügeln und leiten, im Bündnis mit ihrer lichten Zukunft, der sozialen und nationalen Befreiung entgegenzugehen.“ (Programm des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, S. 53f)

Wer hier Ähnlichkeiten mit der „nationalrevolutionären“ Propaganda der Neuen Rechten sieht, liegt richtig. Der ehemalige KPD/AO-Funktionär Horst Mahler ist heute eine führende Gestalt des deutschen Neofaschismus, ebenso die Exmaoisten Röhl, Oberlercher oder Koth. Die prominenten Ökofaschisten Rudolph Bahro und Bernd Rabehl kommen ebenfalls aus dieser Szene.

In vielen Bereichen ihrer praktischen Politik standen die Maoisten zuverlässig an der Seite der reaktionärsten Kräfte des bundesdeutschen Establishments. Einige Beispiele:

- Maoisten bekämpften die Friedensbewegung, traten für den Nato-Doppelbeschluss und für atomare Hochrüstung ein.
- Maoisten verübten Anschläge auf Büros von DKP und SDAJ.
- Maoisten befürworteten Berufsverbote: „Die Arbeiterklasse braucht keine Revisionisten als Lehrer.“
- Maoisten standen außenpolitisch an der

Seite der aggressivsten Kräfte des Imperialismus.

Heute spielt der klassische Maoismus in Deutschland kaum noch eine Rolle. Zum Ende der 70er Jahre hat sich die chinesische Politik stark gewandelt und bildet keinen Bezugspunkt für linksradikalistische Politik mehr. Zum anderen ist der maoistische Antisowjetismus durch das Verschwinden der UdSSR gegenstandslos geworden. Einstmals führende Funktionäre der K-Gruppen haben es, häufig auf dem Ticket der grünen Partei, in hohe Staatsämter geschafft, wo sie ihren Antikommunismus auch ohne revolutionäre Phrasen ausleben

können. Die letzte größere nominalmaoistische Organisation der Bundesrepublik, die MLPD, vertritt kaum noch originär maoistische Positionen. Sie ist unter der autoritären Führung ihres seit der Parteigründung im Jahre 1982 amtierenden Dauervorsitzenden Stephan Engel eher zu einer Politsekte mutiert; ihre „Lehre von der Denkweise“ ähnelt inzwischen mehr esoterischen als linksradikalen Auffassungen.

An die Stelle des traditionellen Maoismus ist eine seiner Nachgeburt getreten; die Vordenker der „Antideutschen“ entstammten den K-Gruppen der achtziger Jahre.

Exkurs Anarchismus

Wer anfängt, sich mit anarchistischen Theorien auseinander zu setzen, steht zunächst einem ungeheuren Durcheinander gegenüber. Es existiert eine Unzahl verschiedener Strömungen, etwa der Anarchosyndikalismus, der Anarchokommunismus, der Anarcholiberalismus (Anarchokapitalismus), der Anarchopazifismus und sogar ein rechtsextremer Nationalanarchismus. Die Vorstellungen, wie eine anarchistische Gesellschaft auszusehen habe, sind entsprechend vielfältig, ebenso die Aktionsformen anarchistischer Gruppierungen. Die meisten Anarchistinnen und Anarchisten sehen in diesem Chaos kein Problem, sie halten es sogar für eine Stärke, ein Anzeichen für geistige Freiheit.

Die Frage, was Anarchismus sei, ist also nicht leicht zu beantworten. Allein die Wortbedeutung von Anarchie, „Nicht Herrschaft“, hilft uns kaum weiter. Schließlich haben auch Anarchisten immer wieder versucht, ihre Vorstellungen mittels Gewalt und Waffen, also unter Einsatz von Herrschaftsinstrumenten zu verwirklichen. Auch die fast allen Anarchistinnen und Anarchisten gemeinsame Ablehnung von Autorität und Staat ist wenig aussagekräftig. Das, was unter „Nichtautorität“ und „Nichtstaat“ verstanden wird, ist von Grüppchen zu Grüppchen verschieden. Wer einen roten Faden in diesem bunten Durcheinander sucht, ist gut beraten, sich die historische Entstehung und die soziale Trägerschaft dieser Ideologie anzuschauen. Wir kommen daher nicht umhin, uns einige gesellschaftliche Entwicklungen im Europa des 19. Jahrhunderts vor Augen zu führen: In der Zeit der industriellen Revolution machte der Kapitalismus der einstigen Vorherrschaft der selbstständigen Kleinproduktion zügig den Garaus. Kleine Handwerksmeister und Kleinbauern, einst-

mals die große Masse der europäischen Bevölkerung, hatten keine Chance gegen die Konkurrenz von Großindustrie und industrieller Agrarwirtschaft. Viele von ihnen verloren ihr Eigentum, stürzten ab ins Proletariat. Die Übriggebliebenen waren stets von sozialem Abstieg bedroht. Unter ihnen verbreiteten sich zunehmend antikapitalistische, revolutionäre Auffassungen. Es handelte sich jedoch um Ideologien, die sich vom Marxismus grundlegend unterschieden, Ideologien, die der untergegangenen heilen Welt der kleinen Warenproduktion nachtrauerten. Eine der Formen des romantischen Antikapitalismus, die insbesondere in den damals ökonomisch noch rückständigeren Ländern wie Italien, Spanien und Frankreich Verbreitung fand, war der Anarchismus.

Im Gegensatz zur Arbeiterbewegung wollten die Anarchisten die neu entstandene Großindustrie nicht in die Hände der organisierten Arbeiterklasse übergeben, sie strebten vielmehr die Abschaffung der Großindustrie an. An ihre Stelle wollten sie eine Vielzahl von Kleinunternehmen und Genossenschaften setzen, die frei ohne Einmischung von Staat und Großkapital miteinander handeln und wandeln sollten. Ein Kleinbürgerparadies. Letztlich handelt es sich beim Anarchismus um eine reaktionäre, rückwärts gewandte Ideologie. Die moderne Großindustrie soll nicht in gesellschaftliches Eigentum überführt, sondern durch Kleinbetriebe und lokale Genossenschaften ersetzt werden. Die organisierte Arbeiterklasse soll nicht die Macht erobern, sondern sich in eine Vielzahl selbständiger Kleinproduzenten auflösen. Der Anarchismus ist eine utopische Gesellschaft, die sich bei näherem Hinsehen als eine idealisierte Vergangenheit entpuppt, eine Art Feudalismus ohne Feudalherren, ein Kapitalismus ohne Lohnarbeit.

Gerade die historische Perspektivlosigkeit des Anarchismus machte seine Anhänger besonders „radikal“. Weil sie in der Gegenwart keine Anknüpfungspunkte für ihre Ziele finden konnten, musste diese Gegenwart total negiert, mit Stumpf und Stiel beseitigt werden. Weil sich anarchistische Politik auf keine progressiven gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen stützen konnte, blieb ihr nur die Propaganda, das Attentat, die Verschwörung und der Putsch. „Wir kennen keine andere Aktivität an als die Arbeit der Ausrottung, räumen aber ein, dass diese Aktivität sich unterschiedlicher Mittel bedienen wird: Gift, Messer, Strick usw. Bei diesem Kampf heiligt die Revolution alles in gleichem Maße.“ (Michail Bakunin, „Regeln für Revolutionäre“)

Wie alle kleinbürgerlichen Bewegungen schwankt der Anarchismus zwischen ganz links und ganz rechts. Viele Anarchistinnen und Anarchisten sind ehrliche Revolutionärinnen und Revolutionäre, unsere Bündnispartner. Der Anarchismus hat aber auch eine dunkle Seite: Viele seiner führenden Theoretiker zeigen eine deutliche Nähe zum faschistischen Denken, ihre Schriften gehören zu dessen geistiger Vorgeschichte. So hat die Lehre vom „raffenden Kapital“, das das „schaffende Kapital“ ausbeutet, anarchistische Wurzeln. Sie geht zurück auf die Werke von Pierre Joseph Proudon (1809-1865). Dieser Stammvater des Anarchismus verquickte sie bereits mit einem wütenden Antisemitismus: „Juden. Einen Artikel gegen diese Rasse machen, die alles vergiften, indem sie sich überall einmischen ohne sich mit einem Volk zu vereinen. Ihre Ausweisung aus Frankreich verlangen, außer den Individuen, die mit Französischen verheiratet sind; die Synagogen abzuschaffen, sie an keinem Arbeitsplatz anzunehmen, schließlich die Abschaffung dieses Kultes zu verfolgen. (...)Der Jude ist der Feind der menschlichen

Art. Man muss diese Rasse nach Asien verweisen oder vernichten. Durch das Eisen oder durch das Feuer oder durch die Ausweisung ist es notwendig, dass der Jude verschwindet..." (Pierre-Joseph Proudhon, Carnets, 26 décembre 1847)

Auch bei dem wohl bedeutendsten Theoretiker des Anarchismus, Michail Bakunin (1814-1876), findet sich derartige Gedankengut. Gegen Marx schrieb er: „Nun diese ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegelvolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über die Staatsgrenzen hin, sondern auch über alle Verschiedenheiten der politischen Meinungen hinweg – diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, andererseits Rothschild zur

Verfügung.“ (Michail Bakunin, in: Gott und der Staat, Rowohlt Verlag, Hamburg 1969, S. 180.)

Der französische Anarchist Georges Sorel (1847-1922) war nicht nur der Vordenker des Anarchosyndikalismus, sondern zugleich die wichtigste Quelle der Ideologie Benito Mussolinis. Sorels Zurückweisung der aufgeklärten Vernunft, sein Loblied auf den „Mythos“ und sein Faible für einen rücksichtslosen gewaltsamen Aktionismus passten den italienischen Faschisten hervorragend ins Konzept.

Wie kann es sein, dass eine Bewegung, die auf der einen Seite große Opfer im Kampf gegen den Faschismus gebracht hat, auf der anderen Seite derartiges Gedankengut hervorbringt? Wieder sind wir auf Lenins These vom kleinbürgerlichen Charakter

„linksradikaler“ Bewegungen verwiesen: Wie das Kleinbürgertum zwischen den Klassen steht, so seine Ideologie.

Die meisten der heutigen Anhänger des Anarchismus wissen nichts von diesen Zusammenhängen. Um so wichtiger ist es, sie darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Ideologie nach dieser Seite hin offen ist, dass sie Implikationen beinhaltet, die sie sicher nicht gutheißen. Es kann nicht darum gehen, Anarchistinnen und Anarchisten als Gegner zu behandeln. Im Gegenteil, die meisten von ihnen stehen mit uns auf derselben Seite der Barrikade. Sie streben wie wir eine sozialere, friedlichere, freiere Gesellschaft an. Gerade deshalb sollten wir versuchen, sie über die Perspektivlosigkeit, ja Gefährlichkeit der von ihnen propagierten Ansichten aufzuklären.

Exkurs Trotzismus

Die grundlegende Annahme Trotzkis ist die so genannte „permanente Revolution.“ Sie bestimmt bis heute auch die theoretischen Ansätze und die Politik trotzkistischer Organisationen.

Der Kapitalismus entwickle sich zu einem Weltsystem. Aus seinen inneren Bedingungen heraus führe er zu Fäulnis und Degradation (Herabsetzung). Er müsse durch den Sozialismus überwunden werden. Es gehe nicht um die Frage, ob ein bestimmtes Land die notwendigen objektiven Bedingungen aufweise, da dies für das Gesamtsystem schon zutreffe. Allerdings müsse, wenn die Revolution in einem Lande ausbreche, diese das Gesamtsystem erfassen, sich in Richtung auf eine Weltrevolution entwickeln. Erst dann sei die Revolution in einem Land gesichert.

Schauen wir uns das Wirken Trotzkis genauer an. Bis zu 1917 versteht er sich als fraktionslos. Obwohl er die Haltung der Menschewiki gegenüber der als konterrevolutionär eingeschätzten Bourgeoisie kritisiert, schließt er sich ihnen zeitweilig an. Obwohl er Lenin teils sehr heftig attackiert, sind einige seiner Analysen näher zu Lenin als zu den Menschewiki. Von dieser Position aus bemüht er sich darum, beide Fraktionen zu vereinigen, was ihm von Lenin die Kritik der Prinzipienlosigkeit einträgt.

Im Sommer 1917 schloss sich Trotzki den Bolschewiki an. Lenin und Trotzki gingen, da sich Russland in einem Übergangsstadium vom Feudalismus zum Kapital-

ismus befand, von den drei Klassen, Bourgeoisie, Arbeiterklasse und Bauernschaft aus. Der Unterschied zwischen beiden betraf nicht die Einschätzung der Bourgeoisie und des Proletariats, sondern jene der Bauernschaft, die Trotzki für handlungsunfähig hielt, mit ihr im Revolutionsprozess nicht oder sogar als konterrevolutionärem Faktor rechnete. „Wenn wir nicht sofort und unverzüglich“ (wie Trotzki) „alle möglichen 'Sozialisierungen' versprechen, so eben deshalb, weil wir die wirklichen Bedingungen dieser Aufgabe



kennen und den im Schoße der Bauernschaft heranreifenden neuen Klassenkampf nicht vertuschen, sondern aufdecken.!" W. I. Lenin, Werke Band 9, S. 232.

Trotzki war der Meinung, wegen der Zurückgebliebenheit Russlands müsse die Revolution über die Grenzen Russlands hinausgreifen. Den Sozialismus in einem einzigen Land aufzubauen, hielt er für unmöglich. Dahinter verbarg sich die Orientierung darauf, die Revolution zu exportieren, eine unter Umständen die Revolution selbst gefährdende Orientierung.

Mitte der zwanziger Jahre ist Trotzki wegen seiner Positionen in der KP weitgehend isoliert. Er entwickelte sich zu einem linken Kritiker an der Partei und ihrem Kurs. Er trat für die breite Entfaltung der innerparteilichen Demokratie ein, schon darum, weil er ohne diese seine Kritik nicht in der Partei vortragen konnte.

Ende der zwanziger Jahre bildeten sich auf Trotzkis Initiative illegale Gruppen, die gegen die Partei arbeiteten. 1927 wurde in Versammlungen über den Ausschluss der Trotzkiisten aus der Partei beschlossen.

724.000 Parteimitglieder stimmten dafür, 4000 unterstützten Trotzkis Positionen. Da Trotzki seine Aktivitäten weiter trieb, wurde ihm 1927 die sowjetische Staatsbürgerschaft aberkannt. Daraufhin verließ er das Land.

"Alles deutet darauf hin, dass es im weiteren Verlauf der Entwicklung unvermeidlich zum Zusammenstoß der kulturell gewachsenen Kräfte des Volkes mit der bürokratischen Oligarchie kommen muss. Einen friedlichen Ausweg aus der Krise gibt es

nicht. Kein Teufel hat jemals freiwillig seine Krallen beschnitten. Die Sowjetbürokratie wird ihre Position nicht kampflos aufgeben. Die Entwicklung führt eindeutig auf den Weg der Revolution." Trotzki, Die verratene Revolution, Frankfurt a. M. 1968, S. 279.

Das war 1936 geschrieben, zur Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland. Unter diesen Bedingungen einer Revolution in der Sowjetunion das Wort zu reden konnte durchaus als Aufruf zur Konterrevolution ausgegeben werden!

1938 gründete Trotzki dann mit anderen die so genannten 4. Internationale in Abgrenzung zur kommunistischen Internationale. Im Gegensatz zur marxistischen Faschismustheorie, die den Faschismus als die Herrschaft eines besonders aggressiven Teils des Monopolkapitals charakterisiert, macht Trotzki keinen Unterschied, sondern setzt alle bürgerlichen Herrschaftsformen gleich. Folglich lehnte er die antifaschistische Volksfront ab, witterte in ihr die Gefahr, dass die Kommunisten unzulässige Kompromisse mit der Bourgeoisie eingehen. Die kommunistische Strategie im Kampf gegen den Faschismus mit allen demokratischen Kräften zusammen zu arbeiten, um die besseren Kampfbedingungen in der bürgerlichen Demokratie für die Arbeiterbewegung zu erhalten, wird von Trotzki auch heute noch abgelehnt. Objektiv behindert diese Strategie den Kampf gegen den Faschismus. Der heutige Trotzkiismus orientiert vor allem darauf international Aktiv zu werden. Es komme darauf an, eine proletarische Weltpartei zu schaffen, keine Partei dürfe die Hegemonie ausüben, es dürfe aber auch keine nationale Autonomie und keinen Pluralismus geben. Die Möglichkeit für eine solche Weltpartei ergebe sich daraus, dass

der Kapitalismus weltweit die Klasse vereinheitliche. Aber diese Orientierung sei auch notwendig, weil der Sozialismus auf nationaler Basis stets durch Bürokratisierung oder Konterrevolution gefährdet sei und nur beim Sieg im Weltmaßstab diese Gefahren vermeidbar werde. Hauptforderung aller trotzkistischen Organisationen ist der Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die meist aus bestehenden Ansätzen gebildet werden soll. Durch Entrismus, das verdeckte Arbeiten in sozialdemokratischen Parteien, sollen diese in Arbeiterparteien umgewandelt werden. Erfolgreich waren die Trotzkiisten dabei nie, es gab deshalb immer wieder Diskussionen über diese Taktik, die nicht selten in Abspaltungen endeten. Beispielhaft soll hier deshalb ein Auszug aus einem Flugblatt des „Spartakist“ wieder gegeben werden. Es erschien zu den Berliner Wahlen 2006, als die WASG, unterstützt von anderen linken Kräften, gegen die damalige PDS und ihre unsoziale Politik antrat: „Als unversöhnliche Gegner der kapitalistischen Herrschaft treten wir Trotzkiisten aus Prinzip nicht in kapitalistische Regierungen ein, die der Verwalter des kapitalistischen Staates sind. Dieser Staat ist nicht

und kann nicht neutral sein, er kann nicht dazu „benutzt“ werden, den Interessen der Unterdrückten zu dienen. Er selbst ist das Herrschaftsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie und ihre Satelliten wie die SAV begraben diese einfache Wahrheit und verbreiten in der Arbeiterklasse die tödliche Illusion, dass der kapitalistische Staat benutzt werden kann, um ihren Interessen zu dienen. Die Arbeiterklasse muss von dieser Illusion gebrochen werden. Eine Avantgardepartei im Sinne von Lenin und Trotzki ist notwendig, um dieses Bewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen. Die SPD sowie Linkspartei.PDS/WASG sind bürgerliche Arbeiterparteien, d. h. sie haben ein bürgerliches Programm, aber eine Arbeiterbasis. Es ist notwendig, die Arbeiterbasis dieser sozialdemokratischen Parteien von ihrer prokapitalistischen Führung zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Man muss diese Parteien entlang der Klassenlinie spalten. Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Nur Arbeiterrevolution kann den Weg zum Sozialismus weisen!“

Artikel nach einem Vortrag von Robert Steigerwald, zu finden unter kominform.at

Wenn wir uns heute mit der Frage des Opportunismus beschäftigen, müssen wir zu aller erst die veränderten Kampfbedingungen betrachten. Dazu gehören vor allem die zeitweise Niederlage des Sozialismus und die Offensive des Imperialismus. Sie haben nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten verschoben, sondern auch zu einer Neuausrichtung in der politischen Landschaft geführt. Die SPD ist inzwischen offen zum Imperialismus übergewechselt. Schröder und Fischer haben mit dem Krieg gegen Jugoslawien und Hartz IV für klare Verhältnisse gesorgt. Mit der Umdeutung des Begriffs Reform findet man auch in der Mitgliedschaft der SPD nur noch einen sehr kleinen Teil, der für einen Reformismus im Sinne der Arbeitenden steht. Aktuelle Forderungen der SPD etwa nach einem Mindestlohn sind demagogische Propaganda, aber eben nicht mehr der Versuch die Arbeiterklasse mittels kleiner Reformen in das kapitalistische System zu integrieren. Auch auf den „linken“ Opportunismus haben sich große Veränderungen ergeben. Nicht nur, dass ihm mit dem Sozialismus der Hauptpropagandagegenstand abhanden gekommen ist, mit den veränderten Realitäten mussten auch diese Kräfte zumindest teilweise die Leistungen der DDR aner-

Opportunismus heute

kennen. Im Grundsatzprogramm der SAV heißt es: „Die soziale Konterrevolution in der DDR war eine Niederlage für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Durch den Wegfall der Systemkonkurrenz erleichtert sich für den Imperialismus die Ausbeutung der Dritten Welt und der Arbeiterklasse in den westlichen Industrieländern.“ In tagespolitischen Fragen lassen sich deshalb heute keine großen Unterschiede erkennen. Nach wie vor distanzieren sich „links“radikale Gruppen vom Sozialismus und können damit in einem gewissen Umfang gerade jüngere Menschen ziehen, da sie nicht gegen den Antikommunismus kämpfen müssen, sondern Vorbehalte bedienen und umdeuten können. Insgesamt ist aber die offene Feindschaft des „linken“ Opportunismus gegen kommunistische Organisationen zurückgegangen. Trotzdem führt die falsche Einschätzung des Sozialismus und die nicht aus den konkreten Bedingungen abgeleiteten Forderungen und Kampfformen zu einer Fehlorientierung der Arbeiterklasse. Die trotzkistische Organisation „Revolution“ fordert etwa: „In den heutigen stalinistischen Staaten wie Kuba [...] Redefreiheit,

Wahlrecht, Gleichstellung für Frauen, Beseitigung aller Gesetze gegen Homosexualität.“ Hier werden dreiste Lügen über Kuba verbreitet, denn alle diese Forderungen sind erfüllt und Gesetze gegen Homosexualität existieren nicht. Damit wird der Eindruck erweckt Kuba sei nicht sozialistisch und ein undemokratisches Land um vollkommen abstrakte, von jeglicher Wirklichkeit losgelöste, Forderungen begründen zu können.

Neues Futter für den Opportunismus

Neben den klassischen Quellen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung haben wir es heute mit drei neueren Tendenzen zu tun.

- Die relative Stabilität des Kapitalismus vor allem in der BRD und sein sozialer Schein, den er wegen der Systemkonkurrenz durch die DDR wahren musste, haben in breiten Teilen vor allem der Facharbeiter in der BRD Illusionen einer sozialen Marktwirtschaft geschürt.
- Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist eine weitere Quelle für den rechten Opportunismus, denn die dadurch ver-

breitete Angst um den Arbeitsplatz hält viele KollegInnen vom Klassenkampf ab. Scheinbar sind maximal kleine Kompromisse mit den Unternehmen möglich.

- Die Niederlage des Sozialismus hat sowohl die Idee der Reformierung als auch die des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus in eine schwere Krise gestürzt. Zusammen mit der ideologischen Offensive des Imperialismus sind alle alternativen Ideen in Misskredit geraten. Nach wie vor spielt dabei der Antikommunismus eine entscheidende Rolle. Den Kommunisten wird die scheinbar in der Praxis bewiesene Unmöglichkeit des Sozialismus vorgehalten. Dies befördert vor allem die Ideen des „demokratischen“ Sozialismus.

Die Linkspartei

Der größte Vertreter des „demokratischen“ Sozialismus und damit des rechten Opportunismus ist die Linkspartei. Dabei muss man beachten, dass es in der Linkspartei, auch in ihrer Führung, sehr widersprüchliche Tendenzen gibt. Teile um Gysi und der Berliner Fraktion stehen offen für einen Kurs, der nichts gegen dieses kapitalistische System hat und objektiv die Aufgabe erfüllt, die Arbeiterklasse mit dem Kapitalismus auszu-söhnen, sie zu binden und marxistische Organisationen klein zu halten. Daneben gibt es in der Führung um Oskar Lafontaine einen eher reformistischen Flügel, der Reformen im Sinne der Arbeitenden in diesem

Land durchsetzen will und zumindest die Macht der großen Konzerne in diesem Land einschränken will. In der Mitgliedschaft dominieren ebenfalls reformistische Einstellungen. Daneben gibt es aber auch „links“opportunistische und kommunistische Anschauungen, die einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus anstreben. Gemeinsame Grundlage der systemerhaltenden Rolle auf der einen Seite und dem Streben nach Reformen ist der so genannte „demokratische“ Sozialismus.

Der „demokratische“ Sozialismus unterscheidet sich vom wissenschaftlichen Sozialismus grundsätzlich. Marx, Engels und Lenin haben herausgearbeitet, dass Sozialismus und Demokratie untrennbar zusammen gehören, da im Sozialismus

erstmals die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, die Macht ausübt. Um die Macht zu erobern haben die Klassiker den wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt. Seine Grundlagen sind die Philosophie des dialektischen Materialismus, die politische Ökonomie und die Lehre vom Klassenkampf. Kennzeichnend ist der Bruch mit der bürgerlichen Ideologie und die klare Parteinahme für die Arbeiterklasse. Im Gegensatz dazu hat der „demokratische“ Sozialismus keine einheitliche Ideologie, sondern bedient sich eines Sammelsuriums aus verschiedenen, auch bürgerlichen Ideen. Für den „demokratischen“ Sozialismus gibt es keine objektiven Gesetze, nach denen sich der Kapitalismus entwickelt und die seine unvermeidliche Ablösung durch den Sozialismus bedingen. Die gesellschaftliche Entwicklung bleibt demnach der wissenschaftlichen Erkenntnis verschlossen. Als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung wird ein der menschlichen Natur innewohnendes Stre-



ben nach sittlicher Vervollkommenung angenommen.

Solch ein ideologischer Mischmasch ermöglicht es der rechten Führung, bei allen ehrlichen Ansätzen der Mitglieder, ihre prokapitalistische Politik unter einem linken Deckmäntelchen zu betreiben, wie an der Senatspolitik der Linkspartei in Berlin zu sehen ist.

Der Opportunismus in den Gewerkschaften

Die Politik der Gewerkschaftsführung ist nach wie vor auf eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Unternehmen ausgerichtet. Die klare

Klassenauseinandersetzung wird vermieden und anstatt dem Klassenkampf von oben entschlossene Aktivität der Arbeiterklasse entgegenzusetzen wird die Standortlogik bemüht. Dabei befindet sich die Gewerkschaftsführung im Widerspruch zwischen dieser Politik und der Notwendigkeit die Mitglieder zu aktivieren, um Forderungen durchsetzen zu können. Denn wenn die Gewerkschaft ihrem Auftrag nicht gerecht wird, verliert sie Mitglieder, in Kämpfen verzeichnet sie einen Mitgliederzuwachs. Kämpfe bedeuten allerdings auch immer einen Zuwachs an Klassenbewusstsein, welches zumindest die Politik der Gewerkschaftsführung in Frage stellt. Damit besteht die Möglichkeit aus den schon im Voraus beschränkten Forderungen der Führung wirkliche Reformforderungen zu machen.

Die reformistischen Vorstellungen in der Gewerkschaftsbewegung laufen darauf hinaus, den politischen und ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse auf die Ver-

besserung der Lage im Kapitalismus zu beschränken.

Nicht nur die Politik der Gewerkschaftsführung schränkt die Reformmöglichkeiten innerhalb des Kapitalismus ein. Auch der weit verbreitete Reformismus schränkt Reformen des Kapitalismus ein, da nicht über ihn hinaus gedacht wird und z.B. die Rolle des Staates falsch eingeschätzt wird. Sichtbar wird dies in Tarifein- und andersetzungen, wenn angeblich neutrale Schlichter angerufen werden.

Aktionseinheit und ideologische Auseinandersetzung

Da alle Arbeiter gemeinsam haben, dass sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, haben sie auch gemeinsame Interessen. Sie sind alle von der Offensive des Imperialismus und den Maßnahmen der Regierung betroffen, unabhängig von ihrer Weltanschauung. Um für ihre Interessen zu kämpfen ist es notwendig zum gemeinsamen Handeln zu finden. Eben dies bezeichnen wir als Aktionseinheit.

Aktionseinheit verlangt gemeinsame Interessen, gemeinsame Forderungen und

Ansichten in den Fragen, für die man gemeinsam eintreten will. Aktionseinheit setzt aber nicht die Einheit der Weltanschauung, Einheit in allen politischen Fragen voraus. Daraus ergibt sich: Das gemeinsame Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend, die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen verlangen sowohl, dass Trennendes beiseite geschoben und nicht zum Hindernis für die Aktionseinheit gemacht wird, wie auch, dass die Eigenständigkeit jedes Partners geachtet wird.

Die gemeinsame Aktion schließt dabei allerdings nicht die Diskussion um verschiedene Standpunkte aus. Gerade diese Diskussion ist notwendig, um Anhängern opportunistischer Auffassungen

an Hand der konkreten Aktion die Grenzen ihrer Anschauungen aufzuzeigen. Dazu bedarf es natürlich sehr viel Fingerspitzen-



gefühl auf der Einen Seite eben aber auch die konkreten Erfahrungen, an denen

angesetzt werden kann.

Es geht eben nicht darum zu beweisen, dass in der SDAJ die Weisheit mit großen Löffeln gefressen wird, sondern durch die Diskussion von der Richtigkeit des Marxismus zu überzeugen. Dazu ist es natürlich notwendig, dass sich die SDAJ mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auseinandersetzt und eine eigene ideologische Schulungsarbeit betreibt, die eng mit der Praxis verbunden ist. Diese Schulung muss auch immer wieder in den eigenen Reihen durch die gemeinsame Diskussion dazu beitragen, sich den wissenschaftlichen Sozialismus zu erarbeiten und den Einfluss des Opportunismus auf die eigene Organisation nicht zu vernachlässigen.

Arbeitsfragen:

1. „DIE LINKE leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist. [...] Für die Überwindung von Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche die Bedingung. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht.“ Programmatische Eckpunkte Die Linke

Wie definiert die Linke Sozialismus? Wie unterscheidet sich diese Vorstellung vom wissenschaftlichen Sozialismus?
2. Michael Sommer, der Vorsitzende des DGB, wird im folgenden Interview der der Ostseezeitung zur aktuellen Tarifaueinandersetzung befragt. Welche Positionen vertritt Sommer im Vergleich zu unseren Forderungen? Wie kann man das man KollegInnen auf einer Streikkundgebung diskutieren?

Ostseezeitung: Der BDA-Chef Dieter Hundt warnt, Deutschland stehe am Scheideweg: Entweder tarifpolitische Zurückhaltung oder es werde ein Irrweg eingeschlagen, weniger Wachstum, weniger Arbeitsplätze. Sind die Gewerkschaften mit bis zu acht Prozent Lohnforderungen auf dem Irrweg?

Michael Sommer: Herr Hundt hat Recht. Wir stehen am Scheideweg – aber nicht auf dem Irrweg. Denn wir müssen wieder zu Reallohnzuwächsen kommen. Angesichts dessen, was zu verteilen ist, angesichts kräftiger Produktivitätssteigerungen und angesichts steigender Preise, etwa für Energie und Lebensmittel, sind die aktuellen Forderungen der Gewerkschaften realistisch und maßvoll.

Müssen die Gewerkschaften nicht die sich abkühlende Konjunktur berücksichtigen?

Sommer: Solange ich Tarifverhandlungen kenne, hat es immer Warnungen von Arbeitgebern und konservativen Ökonomen gegeben, die wegen Lohnforderungen den Untergang des Abendlandes an die Wand gemalt haben. Aber das Gegenteil ist richtig. Wir brauchen kräftige Lohnerhöhungen, auch um die Nachfrage und damit die Binnenkonjunktur zu stützen. Wenn sich die Ackerländer und andere Manager dieser Republik, die Dividendenbezieher und Finanzjongleure reichlich bedienen, darf den Beschäftigten, die den Aufschwung und die explodierenden Gewinne erarbeitet haben, nicht ihr gerechter Anteil daran vorenthalten werden. Im Zweifelsfall können die Gewerkschaften auch eine härtere Gangart einschlagen.

Nokia versucht aber gerade, das Gegenteil zu beweisen. Bochum wird dichtgemacht, dagegen ein Werk in Rumänien aus dem Boden gestampft.

Sommer: Ich halte es für ein starkes Stück, dass ein weltweit agierendes Unternehmen, dass für seine Ansiedlung in Bochum Zigmillionen an Zuschüssen kassierte, sich nun einfach aus dem Staub machen will. Strukturell brauchen wir eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Aufsichtsräten, um sachfremde Unternehmensverlagerungen und –schließungen zu verhindern. Und generell brauchen wir weltweit ähnliche politische und soziale Standards, damit wir im internationalen Standortwettbewerb nicht erpressbar sind.
3. In eurer Stadt versucht ihr ein Jugendbündnis zur 1. Mai Demo zu gründen. Aus Kreisen der Gewerkschaftsjugend kommen Einwände gegen den Jugendaufruf. Man sollte in den Aufruf aufnehmen, dass es auch im Interesse der Unternehmen ist, gut ausgebildete Fachkräfte zu haben. Der Vertreter von solid hat dazu keine Meinung. Diskutiert in der Gruppe ein mögliches Vorgehen.